

„Hofprediger der Demokratie“ Evangelische Akademien und politische Bildung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland*

Joachim Mehlhausen zum 60. Geburtstag

Leonore Siegele-Wenschkewitz

Die Siegermächte haben nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Kirchen bekanntlich großen Einfluß beim Wiederaufbau eingeräumt. Als einzige nicht gänzlich mit dem nationalsozialistischen Staat gleichgeschaltete Institutionen bekamen sie mit der Direktive Nr. 12 der *European Advisory Commission*, die bereits im November 1944 in Kraft getreten war, das Recht, ihre internen Angelegenheiten selbständig zu regeln.¹ Zugleich nahmen die Besatzungsmächte Kontakte mit Repräsentanten der Kirchen auf, um sie als Berater an den wichtigsten Zielen des Wiederaufbaus in Deutschland, und d.h. an der Demilitarisierung, Demontage, Denazifizierung und Demokratisierung zu beteiligen.

Die evangelischen Kirchen haben ihrerseits Signale gegeben, sich auf einen Neuanfang in Deutschland, gerade im Hinblick auf die Gestaltung einer neuen politischen Kultur, einzulassen. Bei der Kirchenführerkonferenz in Treysa sprach Martin Niemöller die notwendige Öffnung zur Demokratie an, indem er ausführte:

„Wir haben als Kirche ein Interesse und eine Aufgabe, daß den Menschen Recht und Freiheit auch im öffentlichen und staatlichen Leben gegeben werde. Deshalb ist uns aber die Staatsform und deshalb sind uns die Grundsätze, nach denen das öffentliche Leben gestaltet wird, nicht gleichgültig; und deshalb können uns Staatsform und Gesetze nicht einfach als gegebene Tatsachen erscheinen, mit denen wir uns

* Vortrag gehalten bei der Jahrestagung der *Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte* am 29. Juni 1995 in Erfurt.

¹ Armin Boyens, Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland von 1944 bis 1946, in: Armin Boyens, Martin Greschat u.a. (Hg.), *Kirchen in der Nachkriegszeit (AKIZ B 8)*, Göttingen 1979, 68 f.

abzufinden haben. Die Demokratie, wie sie in der abendländischen Welt seit dem Eintritt des Christentums in die Welt gewachsen ist hat nun einmal mehr mit dem Christentum zu tun als irgendeine autoritäre Form der Staatsführung, die das Recht und die Freiheit für den einzelnen verneint. Über diese Dinge haben wir uns klar zu werden und für das praktische Verhalten der Kirche wie für unser Reden als Kirche daraus die Folgerungen zu ziehen“.²

Doch die hier prononciert bekundete Bereitschaft zur Demokratiefähigkeit ist innerhalb des Protestantismus durchaus unterschiedlich ausgedrückt worden und hat zu schweren Konflikten unter den kirchlichen wie auch mit den staatlichen Kräften geführt. Am Beispiel der Geschichte der Evangelischen Akademien soll gezeigt werden, wie sich das kirchliche Interesse an einer Beteiligung am politischen Wiederaufbau der Bundesrepublik mit dem staatlichen Interesse verbunden hat. Und zwar ist es zu einer so engen Verbindung gekommen, daß nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Kirchen zu vom Staat beauftragten und geförderten Trägerinnen politischer Bildung geworden sind. Angesichts der fest verwurzelten, lang andauernden Demokratiefeindlichkeit des Protestantismus vor und während der Weimarer Republik und der daraus resultierenden Aufgeschlossenheit der evangelischen Kirchen für den nationalsozialistischen Staat ist diese Nachkriegsentwicklung als eine ‚Blitzkarriere‘ anzusehen. Das 1945 neu gegründete kirchliche Handlungsfeld *Evangelische Akademien* hat dafür eine nicht unbedeutende Rolle gespielt.

1. Die Gründung Evangelischer Akademien 1945 und ihre Vorläufertraditionen und -milieus

Die Historiographie über die Evangelischen Akademien sieht sie als Gründungen der Nachkriegszeit, als Einrichtungen, die eine Antwort der evangelischen Kirche darstellen auf die NS-Zeit, die Zeit des Kirchenkampfs. Eberhard Müller, der Direktor der ersten nach 1945 gegründeten Evangelischen Akademie Bad Boll, der das Geschichtsbild maßgeblich geprägt hat, hat die Wurzeln Evangelischer Akademien in Widerstandskreisen gegen den Nationalsozialismus wie z.B. dem *Freiburger Kreis* sowie in kirchenpolitischen Aktivitäten verankert, die Teil der Bekennenden Kirche waren oder ihr zumindest nahestanden. Unter dem Titel „Tagungsarbeit im Kampf der Bekennenden Kirche“ nennt er die Aktivitäten der DCSV, der Studentengemeinden und Altakademikerschaft sowie die *Deutschen Evangelischen Wochen* während der NS-Zeit, die in der Arbeit Evangelischer Akademien eine Fortsetzung gefunden hätten. Als kontinuierliches Ziel – damals wie 1945 – hätte die Kirche den Kontakt mit akademisch gebildeten Laien gesucht, um sie im Christentum zu fundieren und für den Weltanschauungskampf zu stärken. Müller betont bei dieser Arbeit die Aspekte Mission und Seelsorge und auch Bildung an Laien als Leitvorstellungen.³ Eine weitere Vorläufer-

² Fritz Söhlmann (Hg.), Treysa 1945. Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer 27.–31. August 1945, Lüneburg 1946, 26 f.

³ Eberhard Müller, Evangelische Akademie, in: KJ 1945–1948, Gütersloh 1950,

tradition sieht er in der von Carl Schweitzer in der *Apologetischen Zentrale* im Johannesstift in Berlin-Spandau während der Weimarer Republik geleisteten Arbeit, die auf eine systematische Erforschung und Durchdringung der bei den einzelnen Berufen auftretenden ethischen und religiösen Probleme gerichtet war.

Der entscheidende Anstoß jedoch zu einer Neugründung Evangelischer Akademien sei von Helmut Thielicke und ihm selbst gekommen. Deshalb seien sie beide die eigentlichen ‚Väter‘ der Akademien.

„Helmut Thielicke hatte 1942“, wie Eberhard Müller beschreibt, „in einem national-sozialistischen Schulungslager für Universitätsdozenten aller Fakultäten erlebt, welche geistliche Bereicherung selbst unter solchen Bedingungen von einem durch längere Zeit gehenden interfakultativen Gespräch zwischen jungen Wissenschaftlern ausgehen kann.“ Aufgrund dieser Erfahrung habe er eine Denkschrift an die württembergische Landeskirche gerichtet und die Gründung einer Theologischen Akademie angeregt. In ihr sollten Wissenschaftler aller Disziplinen, akademisch gebildete Laien der verschiedenen Berufe für eine gewisse Dauer zusammenleben und theologisch so geschult werden, daß die Theologie alle relevanten Bereiche wie Wirtschaft, Politik, Kunst, Pädagogik, etc. durchdringt. Damit sollte der Säkularismus von Berufsethiken überwunden und zugleich eine praktisch-theologische Ausbildung für Laienämter in der Kirche geleistet werden⁴.

Helmut Thielicke knüpfte mit seinem Vorschlag an den Plan einer Christlichen Akademie, den der mit ihm befreundete Theodor Bäuerle – ein prominentes Mitglied des Hohenrodter Bundes – 1938 entwickelt hatte.⁵

Eberhard Müller selbst sah seinen Beitrag zum Konzept *Evangelische Akademie* darin, daß er eine Tagungsmethodik und -didaktik entwickelt hat, die die Fähigkeit zur Konsensbildung förderte. Konsensbildung nämlich verstand er als „Mutter der Demokratie“.⁶ Deshalb betrachtete er es als wich-

368–388; ders., Der Auftrag der Evangelischen Akademien, in: *Evangelische Akademien in der Bundesrepublik Deutschland*, Diessen vor München 1966, 9–16; ders., Anfänge in Bad Boll, Weltliches und Geistliches in den Gründerjahren der Akademiearbeit, in: Hermann Boverter (Hg.), *Evangelische und Katholische Akademien, Gründerzeit und Auftrag heute*, Paderborn/München 1983, 13–27; ders., *Widerstand und Verständigung. Fünfzig Jahre Erfahrungen in Kirche und Gesellschaft 1933–1983*, Stuttgart 1987.

⁴ Helmut Thielicke hat selbst darüber berichtet in seinen Erinnerungen: *Zu Gast auf einem schönen Stern*, Hamburg 1984, 251–253; die Denkschrift vom Oktober 1942 zur Planung einer Evangelischen Akademie ist abgedruckt bei: Hermann Boverter (Hg.), *Evangelische und Katholische Akademien*, Paderborn 1983, 32–34.

⁵ Zusammen mit Wilhelm Flitner hatte Bäuerle in der Weimarer Zeit eine *Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung* gegründet; nach 1945 wurde Bäuerle CDU-Politiker und württembergischer Kultusminister und hat eng mit Eberhard Müller kooperiert. Vgl. Friedrich Martiny, *Die evangelischen Akademien: Kirche zwischen Anpassung und Parteilichkeit*. Ein Beitrag zum Problem des gesellschaftlichen Handelns der Kirche, Frankfurt a. Main 1977, darin: *Der Hohenrodter Bund*, 19–22; zu Bäuerles Wirken als Nachkriegspolitiker Paul Sauer, *Demokratischer Neubeginn in Not und Elend, Das Land Württemberg-Baden von 1945–1952*, Ulm 1978, passim; Hans Bolewski, *Die Akademien der Kirchen* (im Druck).

⁶ *Widerstand und Verständigung*, aaO., 68.

tigsten Beitrag für eine funktionierende Demokratie in Deutschland, in allen Gruppen der Gesellschaft die Fähigkeit zur Konsensbildung zu wecken. Neben den bisher genannten Zielen der Arbeit Evangelischer Akademien kam damit ein weiteres hinzu, die politische Bildung. Sie ist von Anfang an ein zentrales Thema aller Akademien gewesen wie eine erste Aufstellung der Tagungsthemen von sechs zwischen 1945 und 1947 gegründeten Evangelischen Akademien im 1950 erschienenen *Kirchlichen Jahrbuch* ausweist.⁷ Eben dies Faktum, die Bereitschaft sowie der dezidierte Wille der Evangelischen Akademien, sich an der geistigen Loslösung vom Nationalsozialismus und am demokratischen Wiederaufbau zu beteiligen, hat es mit sich gebracht, daß andere Vorläufertraditionen in der Akademiegeschichtsschreibung marginalisiert oder überhaupt unterdrückt worden sind.

Denn mit diesem Namen *Evangelische Akademie* sind erstmalig 1933 durch Deutsche Christen im Rheinland kirchliche Bildungs- und Schulungseinrichtungen gegründet worden, die sich ausdrücklich positiv auf die nationalsozialistische Revolution bezogen, ja in dem Umbruch des Jahres 1933 die entscheidende Voraussetzung für die Gründung Evangelischer Akademien gesehen haben.⁸ Als die erste Evangelische Akademie am Tag der Kirchenwahlen am 23. Juli 1933 in der Kölner Universität eröffnet wurde, trug der Mülheimer deutsch-christliche Pfarrer lic. Dr. Heinrich Forsthoff sein Programm über die Aufgaben der Evangelischen Akademien vor. Dies Programm verband politische Bildung im Sinn einer fraglosen Bindung an den Nationalsozialismus mit Volksmission an Gebildeten im Sinn eines Deutschen Christentums. Dieser Programmatik entsprechend sind im Lauf des Sommers sechs weitere Akademien im Rheinland gegründet worden, die neben der Theologie an den Universitäten und der Verkündigung in den Gemeinden deutsch-christliche Bildungsarbeit einbringen wollten. Die Akademien arbeiteten in Aachen (Leitung: Pfarrer Dr. Grue-nagel), Düsseldorf (Leitung: Pfarrer Bickelhaupt), Essen (Leitung: Pfarrer lic. Graf von Korff) und Bonn (Leitung: Pfarrer lic. Dr. Heinrich Forsthoff) sowie in Wuppertal und Bad Kreuznach.⁹

Ungeachtet ihrer expliziten Bereitschaft, sich „den nationalsozialistischen Schulungskursen ... anzugliedern“, sind jedoch die Veranstaltungen der Evangelischen Akademien in rheinischen Hochschulen oder Gemein-dehäusern, die sich einer regen Teilnahme erfreuten, nach kurzer Zeit von

⁷ „Aus der Themenstellung der Evangelischen Akademien“, in: KJ 1945–1948, Gü-terloh 1950, 384–388.

⁸ Heinrich Forsthoff, *Der Weg aus der Illusion. Die Aufgaben der Evangelischen Akademien*, in: Günther van Norden, *Kirchenkampf im Rheinland (SVRKG 76)*, Köln 1984, 181–184. Von der Gründung einer Evangelischen Akademie in Kassel-Wolfsan-ger am 13. November 1933 „als eine Art staatskonformes Schulungszentrum in zeitge-nössischen religiösen und ideologischen Fragen für Pfarrer und interessierte Laien“ be-richtet Bernd Jaspert, *Die Anfänge der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Wal-deck*, Vortragsmanuskript 1996, 5–8.

⁹ Vgl. dazu Günther van Norden, *Der Kirchenkampf im Rheinland 1933 bis 1934*, in: Günther van Norden (Hg.), *Kirchenkampf im Rheinland* (s. Anm. 8) 57f; Heiner Faulenbach, *Ein Weg durch die Kirche*, Heinrich Josef Oberheid (SVRKG 105), Köln 1992, 86 f.

der Gestapo verboten worden. Man darf mutmaßen, daß dem NS-Staat sowie der NSDAP der mit der Arbeit Evangelischer Akademien unübersehbar herausgestellte Wille zur Öffentlichkeit des Protestantismus im Kontext der geistigen Elitebildung der Hochschulen unerwünscht war.

Der historische Befund nach den Vorläufertraditionen der 1945 neugegründeten Akademien verweist also auch und gerade in das Jahr 1933. Als ‚Vater‘ der Evangelischen Akademien ist Heinrich Forsthoff anzusehen. An der Arbeit der rheinischen Evangelischen Akademien waren Männer wie Hans Schomerus und Theodor Ellwein beteiligt, die auch nach 1945 die Arbeit Evangelischer Akademien gestaltet haben, Hans Schomerus als Leiter der Evangelischen Akademie in Baden, Theodor Ellwein als Studienleiter in Bad Boll. Insofern ist das Spektrum von Vorläufertraditionen sehr viel breiter als die zumeist von den Akademieleitern selbst initiierte Akademiegeschichtsschreibung ahnen läßt.¹⁰

Fächern wir dieses Spektrum auf, liegen die Vorläufertraditionen auch in nationalprotestantischen Kreisen, die während der Weimarer Republik Konzepte für Volksbildung entwickelten, der Demokratie aber mit Skepsis und Ablehnung begegneten.¹¹ Sie liegen ferner in folgenden kirchenpoliti-

¹⁰ Zwei Ausnahmen sind zu nennen: 1975 hat der frühere Direktor der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Hans Kallenbach, in einem Handbuchartikel über die Geschichte der Evangelischen Akademien auf ihre Entstehung „in Kreisen, die teilweise der ‚Deutschen Christen‘ – Bewegung nahestanden“, verwiesen und Heinrich Forsthoff als ‚Vater‘ des Akademiegedankens apostrophiert: Hans Kallenbach, Geschichte der Evangelischen Akademien, in: Franz Pöggeler, Handbuch der Erwachsenenbildung, Bd. IV, Stuttgart 1975, 197–208. Ebenso hat Hans Bolewski, der von 1955 bis 1972 die Evangelische Akademie Loccum geleitet hat, auf die prägende Kraft des volksservativen Protestantismus für die politische Bildung vor und auch nach der NS-Zeit hingewiesen: „Die Mehrzahl derer, die später in den Evangelischen Akademien tätig waren, kam aus diesen Kreisen des volksservativen Protestantismus, die während der Weimarer und der NS-Zeit demokratiefeindlich und antisemitisch waren“. Das Gespräch mit Hans Bolewski, in: Sabine Hering/Hans-Georg Lützenkirchen (Hg.), Wegweiser. Die politische Erwachsenenbildung nach dem Kriege. Gespräche, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1992, 132–148. Diese Hinweise sind aber nicht rezipiert worden. Hans Kallenbachs Artikel weder von Friedrich Martiny, Die evangelischen Akademien: Kirche zwischen Anpassung und Parteilichkeit. Ein Beitrag zum Problem des gesellschaftlichen Handelns der Kirche (EHS.R. XXIII Bd. 97), Frankfurt/M. 1977, noch von Hans Gernot Jung, Art. Akademien, Kirchliche, in: TRE 2 (1978), 138–143. Hans Bolewskis Hinweise wurden auch nicht berücksichtigt von den beiden an einem von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekt *Evangelische Akademien nach 1945* beteiligten Autoren Christoph Nösser/Rulf Jürgen Treidel, Evangelische Akademien als neue Form des kirchlichen Engagements in der Öffentlichkeit nach 1945, in: Rainer Lächele/Jörg Thierfelder (Hg.), Das evangelische Württemberg zwischen Weltkrieg und Wiederaufbau (QFWKG 13), Stuttgart 1995, 152–194, noch in der Festschrift Fünfzig Jahre Evangelische Akademie Bad Boll, Aufbruch zum Dialog. Auf dem Weg zu einer Kultur des Gesprächs, hg. v. Manfred Fischer u.a., Stuttgart 1995.

¹¹ „Geschichtlich war die stärkste und verbreitetste Organisation der politischen Bildung in der Weimarer Zeit ... der volksservative Protestantismus, also alles, was sich damals in der Fichte Gesellschaft, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband oder dem Spandauer Johannesstift zusammenfand ... Eine zentrale Gestalt war Wilhelm Stapel ... Die Mehrzahl derer, die später in den Evangelischen Akademien tä-

schen Gruppierungen während der NS-Zeit: den *Deutschen Christen*, der *Volkskirchlichen Arbeitsgemeinschaft*, die in Kooperation mit dem Reichskirchenminister Kerrl zwischen der ‚Mitte‘ und den Deutschen Christen schwankte¹², und schließlich der ‚gemäßigten‘ Bekennenden Kirche, also der mit den ‚intakten‘ Landeskirchen verbundenen Bekennenden Kirche. Es ist auffallend, daß kein einziger unter den Leitern der sich ab 1945 konstituierenden Akademien der Bekennenden Kirche ‚dahlemitischer‘ Ausprägung entstammt – nicht einmal der Leiter der Akademie in der Landeskirche, in der Martin Niemöller 1947 zum ersten Kirchenpräsidenten gewählt wurde.

Man kann die Frage aufwerfen, ob es nicht gerade die gemeinsame Geschichte der Verflochtenheit mit dem NS-Regime, die Einbettung in die politischen und kirchenpolitischen Mehrheitspositionen war, die den Erfolg des neu entwickelten Konzepts ‚Akademiearbeit‘ ausmachte. Denn die Herkunft aus den unterschiedlichen politischen und kirchenpolitischen Bindungen während der NS-Zeit verband die Akademieleiter ja mit ihrer Tagungsklientel, die ein Querschnitt durch die deutsche Bevölkerung mit samt ihren geschichtlichen Erfahrungen war.¹³

tig waren, kam aus diesen Kreisen des volkskonservativen Protestantismus“ – so Hans Bolewski in: Sabine Hering/Hans-Georg Lützenkirchen (Hg.), *Wegweiser. Die politische Erwachsenenbildung nach dem Kriege*, Bonn 1992, 134.

¹² Vgl. dazu Leonore Wenschkewitz, *Politische Versuche einer Ordnung der Deutschen Evangelischen Kirche durch den Reichskirchenminister 1937 bis 1939*, in: *Zur Geschichte des Kirchenkampfs, Ges. Aufsätze (AGK 26)*, Göttingen 1971, 121–138.

¹³ Hans Kallenbach, der erste Studienleiter und Direktor des (seit 1950) e.V. *Evangelische Akademie in Hessen und Nassau*, der 1973 in dem zitierten Handbuchartikel (vgl. Anm. 10) auf die Entstehung Evangelischer Akademien 1933 und die Verbindung des Akademi gedankens mit der nationalsozialistischen Machtübernahme aufmerksam gemacht hatte, weist eine Berufsbiographie auf, die eine enge Verflochtenheit mit dem nationalsozialistischen Herrschaftsgefüge dokumentiert. Nach dem breit angelegten Studium der Germanistik, Geschichte, Kunstgeschichte, Religionswissenschaft, Volkskunde und Philosophie in Frankfurt und Gießen seit 1926, das er 1930 – im Alter von 22 Jahren – mit der wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und 1931 mit einer literaturwissenschaftlichen Promotion an der Universität Gießen abgeschlossen hatte, wurde er als Studienassessor im Frühjahr 1933 Mitglied des NS-Lehrerbunds, später, nachdem er 1936 zunächst kommissarischer, 1937 planmäßiger Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung in Hirschberg (Riesengebirge) geworden war, Mitglied des NS-Dozentenbunds und des NS-Altherrenbunds. Sieben Tage nach seiner Ernennung zum planmäßigen Dozenten war Kallenbach am 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP geworden, zusammen mit 44% seiner Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen für Lehrerbildung, die mit 93% Parteimitgliedschaft als Lehrerbildner an der Spitze der mit dem NS-Regime verbundenen Berufsgruppen rangieren. Zugleich war Kallenbach seit 1933 in der Hitler-Jugend und seit 1938 in der Reichsjugendführung der NSDAP in Berlin aktiv: so z.B. als Mitarbeiter im Referat für mündliche Sprachpflege und Sprachkunst im Hauptreferat Volkstum des Kultur- und Rundfunkamts der RJF in Berlin und als Mitherausgeber von dessen Organ „Sprechkunst und Sprechkunde“. 1939 erwarb Kallenbach den Status eines SS-Bewerbers und wurde schließlich in die 8. SS-Standarte in Hirschberg aufgenommen. Während des Zweiten Weltkriegs war er Reserveoffizier.

Diese Vorläufertraditionen werfen die Frage nach Kontinuität und Neubeginn Evangelischer Akademien nach 1945 auf. Von Kontinuität ist zweifellos in bezug auf das prinzipielle Vorhaben zu sprechen, Volksmission und politische Bildung an gebildeten Laien in eine Verbindung zu bringen. Diskontinuität hingegen besteht im Hinblick auf die inhaltliche Füllung des Politikbegriffs. 1945 wandten sich die Akademien entschlossen und eindeutig vom Nationalsozialismus ab und dem Projekt Demokratie zu, in das sie – ebenso wie in den christlichen Glauben – möglichst viele Menschen mit den unterschiedlichsten bisherigen politischen wie ideologischen Bindungen einbeziehen wollten. Darin war der Pluralismus des neu zu schaffenden demokratischen Gemeinwesens eine essentielle Voraussetzung auch des kirchlichen Handlungsfeldes ‚Akademie‘.

Doch muß die Frage aufgeworfen werden: waren die Akademiegründer selbst Demokraten? Wie die Mehrzahl der Deutschen mußten auch sie sich nach dem Zusammenbruch von bisherigen Wertvorstellungen und Leitbildern verabschieden und sich auf die Suche nach neuen begeben, um sich in die Demokratie einzuüben. Eberhard Müllers frühe Darstellung der Akademiearbeit¹⁴ bringt zum Ausdruck, daß das Erbe des Dritten Reiches gerade in weiten Kreisen der Lehrerschaft eine besonders starke geistige Verwirrung hinterlassen hatte und man sich deshalb nicht nur in Bad Boll, sondern auch in Echzell vorrangig auf Lehrertagungen konzentrierte, um die Ideologie des Nationalsozialismus geistig zu überwinden. Im Fall von Hans Kallenbach war dies nicht nur eine Aufgabe gegenüber der Klientel, sondern eine höchstpersönliche Aufgabe des Akademieleiters selbst. Die Demokratisierungsbedürftigkeit soll jedoch am Beispiel Hans Kallenbachs nur veranschaulicht, aber nicht personalisiert werden. Sie trifft zweifellos auf den Großteil derer zu, die die Akademiearbeit begründet und aufgenommen haben. Für den als notwendig anerkannten Neubeginn erhielten sie ideelle, aber auch materielle Hilfe von kirchlicher wie von politischer Seite. Besuche und Spenden in namhafter Höhe erhielten die Akademien aus der Ökumene, besonders aus den USA; ferner wurde ihre Arbeit finanziell gefördert aus einem Fonds der Religionsabteilung beim amerikanischen Hochkommissar McCloy.¹⁵ So sind zum Beispiel der Evangelischen Akademie Hermannsburg für den Neubau in Loccum 100.000,- DM zugeflossen, die den Namen *McCloy-Spende* erhielten.

Die biographischen Daten zu Kallenbachs Leben (24.12.1907–5.9.1981) hat recherchiert Alexander Hesse, Die Professoren und Dozenten der Pädagogischen Akademien (1926–1933) und Hochschulen für Lehrerbildung (1933–1941), Weinheim 1995, 405–407. Im Nachlaß Hans Kallenbach, der im Zentralarchiv der EKHN verwahrt wird, finden sich keine Zeugnisse seiner politisch-wissenschaftlichen Tätigkeit während der NS-Zeit. Sie aufzuspüren und auszuwerten ist eine noch ausstehende Forschungsaufgabe, die zur Beurteilung seines Wirkens auch nach 1945 – über die von Hesse ermittelten Daten hinaus – unerlässlich ist.

¹⁴ Vgl. Anm. 7.

¹⁵ Er war neben den Hochkommissaren für Frankreich, François-Poncet, und Großbritannien, Kirkpatrick, Mitglied der Alliierten Hohen Kommission auf dem Petersberg bei Königswinter.

Spenden und Beratertätigkeit, zum Beispiel durch Franklin Littell oder Theodore Bachmann, signalisieren, daß sowohl amerikanische Kirchen als auch die amerikanische Besatzungsmacht ein gezieltes Interesse mit der Arbeit Evangelischer Akademien verbunden haben. Dies Interesse ist von der Bundesregierung aufgenommen worden. Es soll nun beschrieben werden, wie die politische Neuordnung der entstehenden Bundesrepublik Einfluß auf den Ausbau der Arbeit Evangelischer Akademien genommen hat, wie sich staatliches und kirchliches Interesse am Arbeitsfeld ‚Evangelische Akademie‘ miteinander verbunden hat bzw. in einem Konflikt aufeinandergetroffen ist.

2. Die Rolle der Evangelischen Akademien im Streit um die Wiederbewaffnung

Seit der Zeit des aufkommenden Kalten Krieges kam es innerhalb des deutschen Protestantismus zu einem in der Öffentlichkeit breit ausgetragenen Konflikt um die Remilitarisierung der Bundesrepublik, der von 1949 an auch zu einem Konflikt zwischen protestantischen Kräften mit dem entstehenden bundesrepublikanischen Staat geworden ist. Markante Stationen dieses Konflikts, die am Konflikt Beteiligten sowie die strittigen Punkte seien hier kurz in Erinnerung gebracht: Im Dezember 1949 hatte der Bundeskanzler Konrad Adenauer in einem Zeitungsinterview Bereitschaft angedeutet, die Westintegration durch einen deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen einer Europaarmee zu ergänzen. Zehn Tage später reagierte Martin Niemöller, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), provokativ in einem Interview, daß die Deutschen eher eine kommunistische Herrschaft auf sich nehmen würden, statt mit der Integration in ein westliches Verteidigungsbündnis die Einheit aufs Spiel zu setzen. Dabei fiel auch der Satz, die Bundesrepublik sei „in Rom gezeugt und in Washington geboren“. Im April 1950 verabschiedete die EKD-Synode in Berlin-Weißensee ein „Wort zum Frieden“, das die Beteiligung Deutscher an einem Krieg gegen Deutsche für unverantwortbar erklärte und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung forderte. Während des zweiten Nachkriegskirchentags in Essen verabschiedete der Rat der EKD am 27. August 1950 seine vielzitierte Grundsatzerklärung, in der es hieß: „Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen, noch was den Osten anbelangt.“ Zwei Tage später, am 29. August 1950, unterbreitete der Bundeskanzler den westlichen Außenministern in einem Sicherheitsmemorandum das Anerbieten, deutsche Verteidigungskräfte in einer Europaarmee aufzustellen. Daraufhin erklärte Gustav Heinemann seinen Rücktritt als Bundesinnenminister im Kabinett Adenauer, da das Kabinett von Adenauers Anerbieten nicht unterrichtet gewesen sei.¹⁶ Am 4. Oktober 1950 richtete Martin Niemöller einen Offenen Brief an den Bundeskanzler, der Kenntnis von den schon sehr konkret

¹⁶ Dazu Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, 100 ff.

eingeleiteten Remilitarisierungsbestrebungen verriet und eine Volksbefragung zum Problem Wiederbewaffnung forderte. Niemöllers Brief wurde sekundiert durch eine äußerst polemische Flugschrift der Bruderschaften der Bekennende Kirche: „An die Gewehre? Nein!“

Der Konflikt zwischen den kirchlichen Remilitarisierungsgegnern: Niemöller, Heinemann, Bruderräte der Bekennenden Kirche, und der Bundesregierung wurde erheblich verschärft durch ein siebenstündiges Treffen führender Männer von Bekennender Kirche und SPD in Darmstadt am 30. Oktober 1950. Ihm folgte eine Verlautbarung an die Öffentlichkeit, in der es hieß, man sei in Bezug auf die Remilitarisierung in den wichtigsten Punkten einer Meinung gewesen, auch im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Volksbefragung. Befürworter der Adenauerschen Politik interpretierten dieses Treffen so, „daß die Führung der Bekennenden Kirche sich mit einer politischen Partei zu verbinden im Begriff sei, um den Bundeskanzler und seine Koalitionsregierung zu stürzen“!¹⁷ Bei einer Sondersitzung von Kirchenkonferenz und Rat der EKD in Berlin-Spandau wurde am 17. November 1950 folgende Erklärung abgeben: „Auch die Frage, ob eine wie immer geartete Wiederaufrüstung unvermeidlich sei, kann im Glauben verschieden beantwortet werden“.¹⁸ Hier schon wurde innerhalb der evangelischen Kirchenführer eine Spaltung in dieser Frage sichtbar.

Anerkanntermaßen hat seit dem Herbst 1950 der Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll und Vorsitzende des Leiterkreises der Evangelischen Akademien die Rolle eines Gegenspielers Niemöllers und seiner Verbündeten übernommen. In der *Neuen Furche* Nr. 28 und im *Pfarrerblatt* bezog er öffentlich Position gegen Niemöller, und es folgte daraufhin ein scharfer Briefwechsel zwischen den Kontrahenten, der zeigt, wie tief der Konflikt ging. Eberhard Müller zieht Niemöller einer „in ihrer Maßlosigkeit ungesegneten politischen Leidenschaft“, und Niemöller drohte Eberhard Müller seinerseits an: „Ich behafte Sie bei diesem Vorwurf vor dem Angesicht Gottes“.¹⁹ Sinnfällig wurde Eberhard Müllers politische Rolle, als er etwa ein Jahr nach dem Treffen in Darmstadt ein hochkarätiges Treffen im Stegerwaldhaus in Königswinter arrangierte, das dem Bundeskanzler die Gelegenheit gab, vor einer Auswahl von EKD-Vertretern und Akademieleitern seine Gegenposition zu den Remilitarisierungskritikern darzulegen. Die publizistische Auswertung dieses Gesprächs durch Eberhard Müller gab ihm den Anstrich, daß dabei eine grundsätzlich mit der Position der Bundesregierung übereinstimmende Haltung der EKD zum Ausdruck gebracht worden sei. Der Eindruck wurde noch verstärkt, als Eberhard Müller am 18. Februar 1952 eine Erklärung über *Wehrbeitrag und christliches Gewissen*

¹⁷ Karl Herbert, *Kirche zwischen Aufbruch und Tradition. Entscheidungsjahre nach 1945*, Stuttgart 1989, 184 f.

¹⁸ Johanna Vogel, *Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949–1956* (AKIZ B 4), Göttingen 1978, 129 f.

¹⁹ Briefwechsel zwischen Eberhard Müller und Martin Niemöller vom 25. Oktober 1950 an in: ZA EKHN, Darmstadt, Nachlaß Dr. Hans Kallenbach, Bd. 9: Politische Konflikte.

aufsetzte, der sich 12 Bischöfe und 21 Theologen und LaiInnen anschlossen, die die Auffassung vertraten, daß die Wiederbewaffnung eine politische Frage sei, „die zu entscheiden nicht Sache der Kirche ist“. Aufgrund dieser Aktivitäten ist die wichtige Rolle Eberhard Müllers in dieser Auseinandersetzung für die politische Meinungsbildung innerhalb der evangelischen Kirchen anerkannt worden: „Seine Bedeutung liegt in erster Linie darin“, resümiert Johanna Vogel, „daß sich nunmehr die kirchliche ‚Rechte‘, die bislang nur als diffus-theologische Opposition gegen Niemöllers ‚Politisieren‘ zu erkennen gewesen war, zum erstenmal auch als ein politischer Faktor artikuliert hatte“²⁰ – und daß dieser Faktor die Mehrheit in der EKD abbildete, möchte ich ergänzend hinzufügen.

Zugleich wurde nun auch die Bereitschaft dieses ‚politischen Faktors‘ sichtbar, sich an die Politik der Bundesregierung zu binden. Hatte Adenauer mit der Aufnahme Heinemanns in sein Kabinett die Absicht verfolgt, den Protestantismus an seine Politik heranzuführen, wurden nach Heinemanns Rücktritt und der damit offen zutagetretenden erklärten Gegnerschaft eines Teils des Protestantismus neue Strategien notwendig. Andere Personen würden die beabsichtigte Heranführung des Protestantismus an die Adenauersche Politik eher garantieren. Hier wurde Eberhard Müller, der als Vorsitzender des Leiterkreises der Evangelischen Akademien auch maßgeblichen Einfluß auf die Arbeit seiner Kollegen an den anderen Akademien ausübte, ein wichtiger Faktor – natürlich unter anderen führenden protestantischen CDU-Politikern wie Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier, Elisabeth Schwarzhaupt oder Robert Tillmanns – die Meinungsbildung innerhalb der EKD für die Remilitarisierung und Westintegration der Bundesrepublik zu beeinflussen. Eberhard Müller hat diese Zubringerfunktion von Seiten der Akademien für die Akzeptanz der Politik der Bundesregierung, wie aus einem Briefwechsel mit Konrad Adenauers Staatssekretär, Otto Lenz, hervorgeht, von sich aus unzweideutig angeboten.²¹ Aus dieser Haltung resultiert auch das enge Zusammenspiel zwischen der Evangelischen Akademie Bad Boll und der *Dienststelle Blank*, die Christoph Nösser beschrieben hat.²²

Dieser Konflikt sei nun noch einmal aus einer anderen Perspektive beleuchtet, da er zeitgleich stattgefunden hat mit der Diskussion, die im Bundeskanzleramt und Bundesinnenministerium geführt worden ist um den Aufbau und das Konzept politischer Bildung in der Bundesrepublik, in das

²⁰ Johanna Vogel, *Wiederbewaffnung*, 196 f.

²¹ Aktenvermerk des Staatssekretärs Lenz, „dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen“, vom 2. Oktober 1951, sowie Schreiben Eberhard Müllers an Lenz vom 29. Oktober 1951 und vom 10. November 1951, in: BA (Koblenz) B136/5859. Zum engen Zusammenspiel Eberhard Müllers mit dem Bundeskanzler Konrad Adenauer und wiederum der Bundesregierung mit Eberhard Müller vgl. auch: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearbeitet von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann u.a. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11), Düsseldorf 1989, 402, 405.

²² Christoph Nösser, *Das Engagement der Evangelischen Akademie Bad Boll in der Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung*, in: Rainer Lächele/Jörg Thierfelder, aaO. (s. Anm. 10), 171–194.

die Evangelischen Akademien von Anfang an einbezogen worden sind. Dies ist nicht zuletzt Eberhard Müller und den hier erwähnten Aktivitäten zu verdanken.

3. Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen und politische Bildung in der Demokratie

Seit der Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 gab es eine Diskussion in Regierungskreisen sowie von Seiten an politischer Bildung Interessierter, in welcher Weise die politische Arbeit der neugebildeten demokratischen Institutionen – wie der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags – an MeinungsmacherInnen der Demokratie wie an die Öffentlichkeit überhaupt vermittelt werden könnte. 1918 war als ein Instrument des kaiserlichen Deutschlands, um die Volksabstimmung in Oberschlesien positiv für das Deutsche Reich zu entscheiden, die *Reichszentrale für Heimatdienst* gegründet worden. Ihr Wirken während der Weimarer Republik kann nicht als vorbehaltlos demokratiefreundlich charakterisiert werden; nach 1933 waren die Aufgaben der Reichszentrale vom Reichspropagandaministerium übernommen worden. Der CDU-Politiker Friedrich Muckermann, der bereits bei der Reichszentrale gearbeitet hatte, kam 1950 auf die Idee, die Reichszentrale wieder ins Leben zu rufen. Der Name wurde leicht abgewandelt in *Bundeszentrale für Heimatdienst*. Das gemeinsame Motiv von 1920 wie 1952 war: der Staat sollte bei der politischen Bildung – anders als das Goebbelsche Reichspropagandaministerium – nicht allzu sichtbar in Erscheinung treten.

Zunächst sah es so aus, als ob die zu gründende Bundeszentrale dem Bundeskanzleramt eingegliedert werden sollte. Wie aus den Akten des Bundesinnenministeriums hervorgeht, hatte der Bundeskanzler sein Interesse an einer solchen Einrichtung klar bekundet und gab ihr zwei zentrale Aufgaben: „1. die Erziehung unseres Volkes zum demokratischen Gedanken; 2. die Aufklärung des Volkes über die Tatsachen und Umstände, welche die Grundlage der Regierungspolitik bilden“.²³ Der Bundesinnenminister Robert Lehr hat sich aber seit dem Frühjahr 1951 dafür eingesetzt, die Bundeszentrale zu einer dem Bundesinnenministerium nachgeordneten Behörde zu machen.

Er verwies darauf, daß bereits der Fonds *Zur Förderung des demokratischen Gedankens* sowie der Fonds *Zur Förderung der europäischen Idee* beim Bundesinnenministerium angesiedelt seien. „Auch innerhalb des Bundesjugendplans“ sei „die Frage der Erziehung der Jugend zu staatsbürgerlichem und damit demokratischem Denken ein bedeutsamer Programmpunkt. Auch das Frauenreferat meines Hauses sucht Mittel und Wege, um die deutschen Frauen stärker an das politische Leben heranzuführen und zur Mitarbeit an Angelegenheiten des öffentlichen Lebens zu bewegen...“.²⁴

²³ Aktenvermerk des Staatssekretärs Ritter von Lex für Regierungsdirektor Lüders vom 15. Oktober 1951, in: BA (Koblenz) B106/28441.

²⁴ Schreiben des Bundesinnenministers an den Bundeskanzler vom 27. Februar 1951, in: BA (Koblenz) B106/28441.

Zusammenfassend vertrat er die Ansicht, daß dem Verfassungsschutz als Defensivmaßnahme die Bemühung entsprechen müsse, „jenen großen Teil der Bevölkerung für den demokratischen Gedanken zu gewinnen, der politisch indifferent (wenn nicht geradezu antidemokratisch) eingestellt ist“.

In einem ausführlichen Konzeptionspapier, das im Juni 1951 im Bundesinnenministerium angefertigt wurde, wurden die Aufgaben und Arbeitsweise einer von der Bundesregierung getragenen politischen Bildung beschrieben.

Die staatsbürgerliche Erziehung sollte vor allem demokratische Tugenden herausbilden wie Toleranz, Kompromißbereitschaft, Mäßigung und Fairneß. Die Verbreitung des europäischen Gedankens sollte auf ein echtes europäisches Gemeinschaftsgefühl abzielen und zur Überwindung nationaler Vorurteile und Ressentiments führen.

Mit Europa war natürlich ausschließlich an die westeuropäischen Staaten der ‚westlichen Welt‘ gedacht.

Auf welchem Wege nun sollten diese Ziele erreicht werden?

Einmal sollte die Bundeszentrale wie zuvor auch die Reichszentrale in eigener Trägerschaft direkte politische Aufklärung leisten. Gleichberechtigt sollten neben diese Arbeitsweise jedoch zweitens „ganz neue psychologische Methoden indirekter Einflutung“ treten. Dafür sollte die Bundeszentrale mit anderen Institutionen zusammenarbeiten wie etwa den „Kirchen, Gewerkschaften, Bürgerrechts-Vereinen und Berufsverbänden“. Die Zusammenarbeit der Bundeszentrale mit diesen Organisationen „soll am besten“, empfiehlt das Papier, „nach außen hin gar nicht hervortreten, gleichwohl aber im Innenverhältnis alle Fäden in der Hand behalten und sich ein Mindestmaß an Einwirkungsmöglichkeiten bei den einzelnen Aktionen sichern“.²⁵

Gemäß dem Organisationsplan der Bundeszentrale vom 25. Juli 1951, der die Zusammenarbeit mit Vereinigungen auflistet, wird unter der Rubrik *Demokratiefördernde Organisationen* als Punkt 7 als einzige kirchliche Institution die Evangelische Akademie Bad Boll genannt. Bei dem von Eberhard Müller arrangierten Treffen der Akademieleiter mit dem Bundeskanzler anerkennt dieser am 5. November 1951 die Rolle der Kirche bei der politischen Bildung: „Ohne die Hilfe der Kirchen könnte eine staatspolitische Gesundung der Jugend nicht erreicht werden“. Als Anfang März 1952 der Bundesinnenminister einlädt zu einem Gespräch über staatspolitische Erziehung der Jugend – das Gespräch findet drei Wochen nach der Veröffentlichung der Erklärung „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ statt – ist der Ansprechpartner für den ‚evangelischen Sektor‘ Eberhard Müller „für die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Akademien Deutschland, Bad Boll“.²⁶ Hier ging es um die finanzielle Förderung der Akademiearbeit aus Mitteln des Bundesjugendplans sowie aus den Mitteln der Bundeszentrale

²⁵ Konzeptionspapier über die Bundeszentrale für Heimatdienst von Reg. Dir. Dr. Lüders vom 6. Juni 1951, in: BA (Koblenz) B106/3242.

²⁶ Schreiben des BMI an den Direktor der Bundeszentrale Dr. Franken vom 29. Februar 1952, in: BA (Koblenz) B106/28441.

für Heimatdienst. Zugleich wird hier aktenkundig, daß für die Förderungswürdigkeit der evangelischen Kirche Eberhard Müller und die Arbeit der Evangelischen Akademie Bad Boll Garanten zu sein schienen.²⁷

Seit ihrer Gründung im Frühjahr 1952 sollte die Arbeit der Bundeszentrale für Heimatdienst auf Überparteilichkeit verpflichtet sein. Wie dem bereits erwähnten Aktenvermerk des Bundesinnenministers zu entnehmen war, wünschte sich der Bundeskanzler allerdings von der Bundeszentrale „die Aufklärung des Volkes über die Tatsachen und Umstände, welche die Grundlage der Regierungspolitik bilden“. Genau dafür, die Regierungspolitik plausibel zu machen, bot Eberhard Müller die Akademiarbeit an. Der ‚indirekten Arbeitsweise‘ der Bundeszentrale entsprechend gab sich die Akademiarbeit ‚unabhängig‘ und ‚freiwillig‘. Das staatliche Interesse sowie die staatliche Förderung blieben unausgesprochen; Eberhard Müller nannte für seine Arbeit vor allem kirchliche und theologische Motive, die ihn zweifellos auch geleitet haben, die aber, wie gezeigt wurde, durchaus mit dem staatlichen Interesse koinzidieren konnten.

Obwohl Eberhard Müller also zweifellos für den Bundeskanzler Adenauer der Vertrauensmann auf Seiten der evangelischen Kirche gewesen ist, dem die intensive finanzielle und später auch in Form der Jugendbildungsreferenten personelle Förderung der Evangelischen Akademien durch die Bundesregierung zu verdanken ist, können die anderen Akademieleiter und kann die Arbeit der neben Bad Boll bestehenden vierzehn evangelischen Akademien nicht als mit Bad Boll gleichgeschaltet betrachtet werden. Aufgrund des föderalistischen Prinzips der Bundesrepublik und der landeskirchlichen Struktur der Evangelischen Kirche in Deutschland hatten die von den jeweiligen Landeskirchen gegründeten Evangelischen Akademien ein sehr unterschiedliches, jeweils eigenes Profil. Die spätere Evangelische Akademie Arnoldshain wurde im Dezember 1945 als eine Abteilung des Männerwerks der Evangelischen Kirche Nassau-Hessen gegründet; nach fünf Jahren Arbeit löste sie sich aus dem Männerwerk und gab sich als eigenständige Einrichtung die Struktur eines eingeschriebenen Vereins. Wie Rulf Treidel und Christoph Nösser gezeigt haben, wurde unter der Leitung von Hans Kallenbach an der Evangelischen Akademie Arnoldshain – anders als es Eberhard Müller in Bad Boll praktizierte – darin ein eigenständiges Akademiemodell entwickelt, daß im Zuge der politischen Bildung *alle* demokratischen politischen Kräfte der sich neu formierenden Bundesrepublik in die Tagungsarbeit einbezogen und gleichrangig ins Gespräch gebracht worden sind.²⁸

²⁷ Aus dem zitierten Tagebuch von Staatssekretär Otto Lenz (Anm. 20) geht hervor, daß z.B. der Vorsitzende der Evangelischen Akademie Nassau-Hessen Ernst zur Nieden als „sehr stark auf der Gewerkschaftslinie“ liegend angesehen und ihm deshalb durch Lenz bedeutet wurde: „wir könnten nur dann Mittel zur Verfügung stellen, wenn ein eindeutiger politischer Kurs gesteuert würde“, aaO., 396.

²⁸ Christoph Nösser, Selbstverständnis und institutionelle Einbindung evangelischer Akademiarbeit in Hessen und in den evangelischen Landeskirchen sowie Rulf Treidel, Evangelische Akademien als protestantischer Ort für das Gespräch zwischen Kirche und Politik, Vortragsmanuskripte für die Jahreshauptversammlung der *Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung* in Echzell am 19. Juli 1996.

Die starke finanzielle Bezuschussung der Akademien sowohl bereits durch die amerikanische Besatzungsmacht als auch durch die Bundesregierung sollte für die Bewertung der Beziehungen zwischen den Geldgebern und -empfängern bei der Ausrichtung des Gesprächs zwischen ‚Kirche und Welt‘ nicht außer Acht gelassen werden. Daß die Akademien als Trägerinnen politischer Bildung anerkannt wurden, hat sie zweifellos auf die Grundsätze politischer Bildung in einem demokratischen Gemeinwesen verpflichtet und sie zunehmend in die Demokratie integriert. Der Integration der Akademien durch die politischen Kräfte entsprach wiederum die Bereitwilligkeit der Akademien, dem politischen Konzept *Westintegration* zu folgen. Aber waren diejenigen, die darauf hinwiesen, daß die Westintegration die Spaltung der beiden Teile Deutschlands vertieft, die das geteilte Deutschland als Krisenherd und Bedrohung für den Weltfrieden sahen, die die Entmilitarisierung Deutschlands als Folge des verbrecherischen Zweiten Weltkriegs akzeptieren wollten, Antidemokraten? Konrad Adenauer hat sie zuweilen als solche betrachtet, ihm war und blieb die Kritik am Antikommunismus des linken Flügels der Bekennenden Kirche unverständlich.

Martin Niemöller hat im Konflikt um die Remilitarisierung, die auch die Evangelische Akademie Arnoldshain in einen Konflikt mit ihrem Kirchenpräsidenten führte, die Frage nach den durch die Finanzierung auftretenden Loyalitäten gestellt. Wie aus einem Aktenvermerk von Eberhard Müller vom 11. Oktober 1952 hervorgeht, hatte der Kirchenpräsident „unter heftigen Vorwürfen die Behauptung“ aufgestellt, „die Denkschrift ‚Wehrbeitrag und christliches Gewissen‘ sei dadurch zu erklären, daß die Akademien von den Amerikanern Geld bekämen“. Eberhard Müller hat in diesem Gespräch eingehend dargelegt, wie es mit den amerikanischen Geldern der Akademien sei:

„1. Der Empfang der amerikanischen Gelder war schon zu Ende gegangen, als die Denkschrift verfaßt wurde ...

2. Es kam dann zu einer grundsätzlichen Debatte, von welchen Quellen die Kirche Geld in Empfang nehmen dürfe, und ich bestätigte seine Auffassung, daß durch Geldempfang Abhängigkeit entstehen könnte, auch wenn keine unmittelbaren Verpflichtungen mit dem Empfang von Geld übernommen würden.“

Eberhard Müller wies aber zurück, daß die Akademien bisher in irgendeine Abhängigkeit geraten seien. Martin Niemöller bekräftigte seinerseits die Meinung, „daß die Kirche ausschließlich durch kirchliche Gelder finanziert werden sollte“.²⁹ Aus den Akten der Evangelischen Akademie Arnoldshain geht hervor, daß die Bezuschussung durch die amerikanische Besatzungsmacht 1949 und 1950 die landeskirchliche Finanzierung der Akademiearbeit übertraf. Von 1952 an wurde die Akademie durch den Bundesjugendplan des Bundesinnenministeriums gefördert, zu der ab 1953 eine Förderung durch die Bundeszentrale für Heimatdienst hinzutrat.³⁰ Aber auch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat Konsequenzen aus diesem Konflikt gezogen, indem sie ihre Akademie mit einem Tagungshaus in Ar-

²⁹ ZA EKHN, Nachlaß Dr. Hans Kallenbach, Bd. 9.

³⁰ Ebd., Bd 4.

noldshain ausstattete und zu dem einzigen hauptamtlichen, vom Männerwerk finanzierten nichttheologischen Studienleiter seit 1954 begann, Pfarrstellen für die Akademiarbeit bereitzustellen, zugleich allerdings auch nach ihren personalpolitischen Vorstellungen zu besetzen.

Das Gespräch zwischen Eberhard Müller und Martin Niemöller hatte darin zu Einigkeit geführt, daß kein „einseitiges Übergewicht der Geldquellen“ entstehen dürfe, und das meinte für den hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten: daß die Subventionierung durch die amerikanische Besatzungsmacht – von der staatlichen Finanzierung durch die Bundesregierung wußte er bei dem Gespräch mit Eberhard Müller im Oktober 1952 offensichtlich noch nichts – die kirchliche nicht übersteigen dürfe. Bei diesem Grundsatz ist es angesichts der praktizierten Mischfinanzierung der Akademien bis zum heutigen Tag geblieben; ebenso wie bei dem Grundsatz, daß von Bad Boll aus die staatlich gewährten Zuschüsse an die einzelnen fünfzehn Evangelischen Akademien zugeteilt werden.

Der politische Rahmen, den die Bundeszentrale für Heimatdienst, dann in Bundeszentrale für politische Bildung umbenannt, für die Verwendung der Mittel bereitstellte, ist in der Tat so überparteilich gewesen, daß Konflikte zwischen Geldgeber und -empfängern die Ausnahme geblieben sind.

4. Fazit

Dank der grundsätzlichen Bereitschaft der Besatzungsmächte, den Kirchen die Regelung ihrer Angelegenheiten selbst zu überlassen und sie zum geistigen und moralischen Wiederaufbau in Deutschland heranzuziehen, sind Evangelische Akademien als ein neues kirchliches Handlungsfeld, das das *Gespräch zwischen Kirche und Welt* inszenieren und so auch dem Öffentlichkeitsanspruch der Kirche im Nachkriegsdeutschland Geltung verschaffen sollte, zu Trägerinnen politischer Bildung geworden.

Die ihnen gewährte öffentliche Anerkennung verstärkte in den Kirchen die Überzeugung, daß sie aus eigener Kraft eine Zeit schwerer Bedrängnis überstanden und trotz manchen Versagens und Fehlens im großen Ganzen erfolgreich dem Totalitätsanspruch der NS-Diktatur widerstanden hätten. Demgegenüber trat die Erkenntnis der eigenen Anfälligkeit für den Nationalsozialismus zurück. Der Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll vertrat einen sozialetischen Pragmatismus, der die Volkskirche als Rahmen für die Reintegration und Rechristianisierung potentiell aller auffaßte – gleich welchem politischen und kirchlichen Lager sie in der NS-Zeit angehört hatten.

Eine vertrauensvolle Beziehung zwischen den Evangelischen Akademien und der jungen Bundesrepublik Deutschland entstand durch das dezidierte Eintreten Eberhard Müllers und des von ihm bestimmten Leiterkreises der Evangelischen Akademien für die Politik des Bundeskanzlers in der Frage der Wiederbewaffnung und Westintegration. Diese vertrauensvolle Beziehung hat die Förderungswürdigkeit von Einrichtungen der evangelischen Kirche durch die Bundesregierung bestärkt. Die Evangelische Akademie Bad Boll war eine bevorzugt förderungswürdige Organisation.

Indem die Evangelischen Akademien zu Trägerinnen politischer Bildung in einem demokratischen Staat wurden, trat in der Akademiegeschichtsschreibung die Erinnerung an die politisch belastete Vorläufertradition zurück; statt dessen wurden als Vorgeschichte der Akademiearbeit ‚Widerstands‘-Traditionen, vor allem aber der Neubeginn 1945 akzentuiert. Der Umgang der Evangelischen Akademien mit ihrer Geschichte ist komplementär zum Umgang der westdeutschen Bevölkerung mit ihrer Geschichte in der entstehenden Bundesrepublik, in der die Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Ermöglichungsfaktoren zurücktrat zugunsten eines in die Zukunft gerichteten, ehemalige NationalsozialistInnen integrierenden antitotalitären Wiederaufbaukonzepts.

Eine Erklärung des Rats der EKD vom 6. September 1949 nahm „mit Dankbarkeit und Anerkennung von dem Dienst der Evangelischen Akademien Kenntnis“. Dieser Dienst wurde so beschrieben, daß die Akademien „Menschen in verschiedenen Berufsgruppen ... geistig als auch seelsorgerlich für die rechte Erfüllung der Verantwortung ausrüsten, die ihnen als Christen in ihrem Beruf gestellt ist“. Gleichzeitig wurde anerkannt, daß die Akademien „damit in Verantwortungsbereiche der Christenheit vorgestoßen“ sind, „denen immer stärkere Beachtung seitens der Kirche gebührt“. Sie hätten „außerdem in bedeutsamem Ausmaß Kreise, die bisher der Kirche fern ständen, mit ihr ins Gespräch gebracht“.³¹

Bei dieser Gratwanderung zwischen Kirche und Welt wies Eberhard Müller das prophetische Amt der Kirche zurück und trat stattdessen für ein sozialetisches Konzept ein, das die Bindung an eine christliche Partei nahelegte und den Politikern zugleich die politische Entscheidung allein zusprach. Zeigte sich hier nicht eine Kontinuität mit dem vordemokratischen Ideal eines christlichen Staats, also eine nationalprotestantische Kontinuität auch bei den Akademien? Inwieweit realisierte dies sozialetische Konzept den Citoyen und die kritische Staatsbürgerin? Das Bewußtsein dieser nationalprotestantischen Kontinuität spricht sich aus in der sicher scherzhaft gemeinten, aber durchaus zutreffenden Charakteristik der Akademien als „Hofprediger der Demokratie“, die von Johannes Doehring stammt, einem der Akademiedirektoren von Loccum und Sohn des Hofpredigers Bruno Doehring.

Die Gruppe innerhalb des Protestantismus, die sozialetisch das prophetische Amt der Kirche vertrat, hatte ihr Modell unter den Bedingungen der NS-Diktatur entwickelt. Wie war das Wächteramt der Kirche in den demokratischen Pluralismus einzupassen, zumal wenn die politische Entscheidung gegen die Regierungspolitik gerichtet war? Eine Konsequenz aus dem hier beschriebenen Konflikt scheint mir zu sein, daß das kritische Wächteramt wahrzunehmen bedeutet, im Eintreten für Minderheiten und Minderheitsmeinungen eine Minderheitsposition in der Gesellschaft zu riskieren. So liegt ein Ergebnis des Nachforschens der Geschichte Evangelischer Akademien darin, nach für die Demokratie adäquaten sozialetischen Konzepten zu fragen.

³¹ EZA (Berlin) 2/84/3500/1–3.

Anschriften der Mitarbeiter/innen

PD Pfr. Dr. Hans-Martin Kirn, Lange Furche 52, 72072 Tübingen

Dr. Gisela Möncke, Bonner Straße 18, 80804 München

Dr. Konrad Rahe, Schmiedekoppel 114, 23611 Bad Schwartau

Akademiedirektorin PD Dr. Leonore Siegele-Wenschkewitz,
Evangelische Akademie Arnoldshain, 61389 Schmitten/Taunus

Prof. Dr. Christoph Strohm, Ruhr-Universität Bochum, Evang.-Theol. Fakultät,
Universitätsstraße 150, 44780 Bochum